

Diese verbreitetste unparteiische tägliche Zeitung kostet monatlich 25 Pfg. in Chemnitz frei ins Haus. Mit dem Extrablatt „Zünftiges Bilderbuch“ kostet der tägliche „Anzeiger“ monatlich 35 Pfg. (in Chemnitz frei ins Haus); außerhalb Chemnitz halbjährlich 15 Pfg. Bei der Post ist der Anzeiger nur mit dem Extrablatt zuzüglich 25 Pfg. monatlich (Nr. 6030 zur Postliste.) Telegr.-Adresse: Generalanzeiger. Fernsprechnr. Nr. 136.

General-Anzeiger

Sächsischer Landes-
General-Anzeiger
für Chemnitz und Umgegend.

Anzeigerpreis: Geklebbene Copie (ca. 9 Silben fassend) oder deren Raum 10 Pfg. — Bezugspreis: Geklebbene Copie (ca. 11 Silben fassend) 20 Pfg. Bei wiederholter Aufnahme billiger. — Anzeigen können nur bis Vormittag 10 Uhr angenommen werden, da Druck und Vorbereitung der großen Auflage längere Zeit erfordern. Ausgabe: Wochentags Abend (mit Datum des nächsten Tages). — Die Anzeigen finden ohne Preisausschlag zugleich Verbreitung durch die Chemnitzer Eisenbahn-Zeitung.

Nr. 12. — 13. Jahrgang. — Verlags-Anstalt: Alexander Wiede, Chemnitz, Theaterstraße 6. Sonntag, 15. Januar 1893.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 14. Januar 1893.

Deutsches Reich.

— **Vom Kaiserhof.** Der König von Sachsen und der König von Dänemark werden am 22. d. M. in Berlin eintreffen, um an den Vermählungsfeierlichkeiten teilzunehmen.

— **Der Kaiser** hatte sofort nach seinem gestern Vormittag erfolgten Wiederentreten aus Karlsruhe eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler.

— **Die letzte Rede Caprivis** wird begreiflicherweise in der in- und ausländischen Presse lebhaft erörtert. Einen ganz besonderen Nachhall finden Caprivis' Worte in den Wiener Blättern. Die „Neue freie Presse“ findet in ihr den Ausdruck der nothgedrungenen Solidarität Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn zum Schutze des Balkans und Konstantinopels. Die Befürchtung, daß die Erneuerung des Dreibundes nicht absolut sicher sei, sei nicht allzu ernst zu nehmen; denn der Dreibund laufe noch sechs Jahre, und dann sollte die Rede Caprivis einen Druck zu Gunsten der Militärvorlage üben. — Das „Neue Tagblatt“ bezeichnet die Rede Caprivis als Aufruf an die erneuerte Opferwilligkeit des Reichstages, wie er dringender nicht gedacht werden könne. — Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet den Scepticismus als auffallend, mit dem Capriui über die Erneuerung des Dreibundes sprach. — Die „Presse“ rühmt Capriui nach, daß er nicht wie Bismarck zwei Eisen im Feuer halte, nämlich die Freundschaft mit Rußland und Oesterreich-Ungarn.

— **In preussischen Abgeordnetenkreisen** will man wissen, die Auffassung des Reichstages sei beschlossene Sache.

— **Die Oberpräsidenten in Preußen** sind zu Gutachten über die Wirkung der Sonntagseruhe im Handelsgewerbe aufgefordert worden, sowie etwa auf dem Vermittlungswege möglicher Veränderungen.

— **In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission** des Reichstages gab Staatssekretär Fische von Marschall Aufklärung über die Verfassung von Deutschen in Dahomey. Er habe die Hamburger Firmen vor dem Waffenhandel sofort gewarnt. Nach den statistischen Berichten sei sofort ein deutsches Kriegsschiff an die Küste gesandt worden, um die deutschen Interessen zu wahren.

— **Cholerafälle.** Aus Hamburg werden dem Kaiserlichen Gesundheitsamt in Berlin vom 11. bis 13. Januar Mittags zwei weitere Choleraerkrankungen gemeldet.

— **Gestern ist in dem Berliner Vororte Schöneberg** neuerdings eine Versammlung Arbeiterloser verboten worden, ohne daß Ruhestörungen stattgefunden haben.

— **Demeritendewerth sind folgende Aeusserungen der „Ndn. Ztg.“:** Die Haltung einiger linksliberalen Blätter läßt erkennen, daß manche deutschfreisinnige Politiker die Möglichkeit eines Scheiterns der Militärvorlage doch mit einem gewissen Bangen in's Auge fassen. Diejenigen radikalen Herren, deren politisches Denken durch die Judenfrage beherrscht wird, versprechen sich offenbar weder von einer Auflösung des Reichstages, noch von einem etwaigen Nachfolger des Grafen Capriui etwas Entscheidendes für die von ihnen vertretene Sache. Sie besorgen, daß ein Patron des Antisemitismus den künftlichen Sessel einnehmen werde, und sie verhehlen sich nicht, daß bei Allenwohnen neben der Militärvorlage die Judenfrage die Lage beherrschen würde. Wir glauben, daß die Herren mit dieser Empfehlung auf einer richtigen Fährte sind. Kein unbefangener Beobachter kann sich einer Täuschung darüber hingeben, daß die antisemitische Bewegung noch immer im Steigen begriffen ist und daß eine jüdische Partei sich selbst bessere Kreise ergreift. Dagegen zeugt die Haltung anderer jüdisch-radikalen Blätter von einer ungläubigen Kurzsichtigkeit. Diese Organe der Vörsendematratie stellen sich überaus selbstbewußt auf den Standpunkt, daß der Antisemitismus lediglich eine böswillige Erfindung einzelner Hegei ist, daß nirgends im Handel und Gewerbe, in Börse und Presse Entartungserscheinungen zu Tage getreten seien, die dieser Bewegung Nahrung zuführen. So verschleiern sie denn selbst diejenigen Politiker terroristisch als Hegei, die Kopf und Herz von diesem gefährlichen Weiden freihalten und ruhig abwartend vor Allem gerath zu sein suchen, indem sie die verwerflichen Auswüchse verurtheilen, ohne eine Gesamtheit für dieselben verantwortlich zu machen. Diese Organe der Vörsendematratie, ihre schändliche Verleumdung, ihre nervöse Empfindlichkeit, ihre ohnmächtigen Einschüchterungsversuche sind verantwortlich dafür zu machen, wenn die Neigung abnimmt, dem allgemeinen und ungerechten Verdammungsurtheil des Antisemitismus immer wieder das wohlfeilere Urtheil des weisen Mannes entgegenzustellen. Jüdische Blätter, wie die „Frankfurter Zeitung“, sind schuld daran, wenn der Antisemitismus in Deutschland sich mehr und mehr zu einer politischen Macht ausbildet.

Oesterreich-Ungarn.

— **In einer in Wien abgehaltenen Konferenz** der sozialdemokratischen Vertrauensmänner wurde erklärt, daß die Beschlüsse des Berliner Parteitag bezüglich der Einschränkung der Waffen für Oesterreich nicht maßgebend seien. Es wurde beschlossen, die Kaiser wie früher zu begehren und den internationalen Sozialisten-Kongress in Bärlich zu beschicken.

Frankreich.

— **Zum Panamaprojekt:** Es treten während dieses sensationellen Prozesses immer schönere Dinge zu Tage. Am Donnerstag wurde mit der Bewachung der Fengen fortgefahren. Freigangskapitän Fraipet, welcher mit der Ueberwachung des Personals der Panamagesellschaft beauftragt war, erklärte, er habe öfters beobachtet, daß Vessays mit Schwierigkeiten bei dem Uebernehmen zu kämpfen hatte. Der folgende Zeuge, ein Panamamantuar, brachte Anklagen gegen die Gesellschaft und die Parlamentsmitglieder vor, welche das Publikum getäuscht hätten. Im weiteren Verlaufe der

Verhandlung wurde der Vorstand der Buchhalterei der Panamagesellschaft, Hieronymus, über die Voss ohne Namen vernommen. Derselbe erklärte trotz der Vorhaltungen des Präsidenten und des Staatsanwalts, die Namen der Empfänger dieser Voss nicht angeben zu können. Nach dem Verhöre von zwei anderen Beamten der Panamagesellschaft, welche ebenfalls ausfragten, sie könnten über die Empfänger der Voss keine Auskunft geben, wurde der Finanzier Oberdorfer vernommen, welcher erklärte, er habe für seine Beistellung am Syndikat 160,000 Francs und dafür, daß er an die Gesellschaft die Idee der Vossobligationen lieferte, zwei Millionen erhalten. Der Präsident ersuchte Vessays, den Namen des Journalisten zu nennen, welcher für 50,000 Francs anonyme Voss erhalten hat. Vessays nannte Arthur Meyer, den Direktor des „Gaulois“. Der Sachverständige Morv sagte hinzu, Meyer habe nochmals Voss in derselben Höhe erhalten. — Im „Figaro“ erscheint von Renem der misseriöse Vidi, der bereits durch seine Enthüllungen über Cornelius Herz eine ganze Periode schwerwiegender Ereignisse hervorgerufen hat. Dieser Vidi ist ein Mann, der aus dem vollen Vorn der Informationen schöpft und vor dem die Panama-Gehheimnisse liegen wie ein offenes Buch. Der letzte Artikel ist „dem Andern“ gewidmet. Der Andern ist ein Mann, der aus dem Reichthum entworfenen Charakterbild des Genannten — soweit da von Charakter die Rede sein kann — und die ganze Korruptionsmaschine, das heißt, die Art, wie bestochen wurde, sowie das Verhältnis der drei dunklen Ehrenmänner, welche als Maschinen fungierten, wird mit einigen kräftigen und klaren Strichen aufgezeichnet. Sie waren ihrer Drei. Cornelius Herz, der Oberste, sozusagen der Chef der Bande — der grandseigneur, der nur im Großen arbeitete, der sich nur mit dem großen Persönlichkeiten und großen Betrügerinnen befaßte — die Rechte des Großoffiziers der Ehrenlegion im Knopfloch — feierlich, majestätisch, arrogant, unternehmend, gewinnstüchtig. — Er ließ in den Ministerien seine rauhe und starke Stimme erklingen; er sprach im Namen der gefährlichsten Gruppenführer; er unterhandelte für sie vielleicht ohne ihr Wissen, nach Hersehensart und trat geblöckelt auf gegen alle Gewalten. — Der Baron Reinach war der Zweite im Rang, auch noch auf eigene Faust operierend, ein eigenes Nestort bearbeitend, wenn er gleich, wie Vidi mittheilt, vor Cornelius Herz jützte. Er war nicht der suchbare Bandit, wie der Erstgenannte, sondern mehr der Mann der kleineren Erbärmlichkeiten, der Betrüger, welcher einsteckt, wo sich gerade Gelegenheit bietet. — Endlich, als Dritter, Arton, der Mann, welcher die alternierbare Arbeit that, der Subalterne, der auf Befehl marschirt und das ansieht, womit die Großen ihre Hände nicht beschmutzen wollten, das Faktotum, der Handknecht der Korruption. — Er war der Mann der kleinen Geschäfte, sagt Vidi, und unterzog sich denselben mit so viel Eifer, daß er von den 3 Millionen, die man ihm in Voss und Vogen zur Verfügung stellte, der Gesellschaft hunderttausend Francs ersparte, welche er getreulich zurückgab. Freilich gelangte er mit all seiner eifriger Geschäftigkeit zu demselben Einfluß in den Ministerien, wie sein gewaltiger Landsmann Herz. — **Der Vorstand der republikanischen Gruppe** des Senats sprach dem Minister Ribot gegenüber Beantragungen über die Menge der Beurlaubungen, die gegen Carnot erhoben würden, aus und versicherte Ribot thätigster Unterstützung, um diesen Bestimmungen ein Ziel zu setzen. — **Die gerichtliche Untersuchung gegen Volkart** ist nahezu beendet. Es soll ein besonderer Prozeß gegen ihn geführt werden und zwar noch vor dem Prozeß gegen die Verwaltungsräthe der Panamagesellschaft.

Rußland.

— **General-Lieutenant Rodanow** ist seines Postens als General-Gouverneur von Wilna unter Ernennung zum Mitglied des Reichsraths entbunden worden. — **Der Bericht des Finanzministers v. Witte** betont die schwierige Lage des Landes wegen der Mierente und der Cholera, jedoch sei eine sichtliche Besserung eingetreten. Der Minister entwickelt sodann das Programm, nach welchem die Staatsausgaben für Hebung des Handels, der Industrie und Landwirtschaft unerschöpflich seien. Die Ausgaben der Eisenbahn- und Hafenbauten, sowie die Kulturarbeiten des Domänenministeriums wären zu erhöhen. Die neuen Steuererhöhungen betragen 2 1/2 Mill. Der Minister betont zum Schluß die Friedensliebe Rußlands.

Asien.

— **Nach Meldungen aus Canton** überfiel eine Räuberbande ein chinesisches Dorf, erpreßte von den Brüdern mehrere Tausend Taels und zündete einen großen Schuppen von dem Tempel an, in dem ein Fest gefeiert wurde. Es kamen 1400 Personen ums Leben; die Zahl der Todten und Verwunden beträgt 1940. — **In Osaka**, einer auf der japanischen Insel Nippon gelegenen Stadt, sind am 20. Dezember v. J. gelegentlich einer in einer Spinnerei ausgebrochenen Feuersbrunst 250 Webände zerstört worden. 125 Personen sind um das Leben gekommen, unter diesen befanden sich meist in der Spinnerei beschäftigt gewesene junge Mädchen.

Amerika.

— **In Sotherville**, dem Hauptorte des County Wagonie in Kentucky, hat unlängst zwischen zwei Parteien von Wägern ein Kampf stattgefunden, bei welchem 4 Personen getödtet wurden. Unter den Todten befanden sich ein Friedensrichter und ein amtlicher Zeichenbesitzer.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 13. Januar 1893.
1 Uhr. Am Bundesrathstische: von Büttcher, von Verespsch. Die Besprechung der Rothhand-Interpellation der Abg. Auer und Singer wird fortgesetzt. — Abg. Dr. Barth (freif.) vertheidigt die Beschlüsse des Saarreviers gegenüber dem Abg. Fehren v. Stamm. Das von diesem empfohlene schneidige Verfahren würde eine große Unzufriedenheit gewesen sein. Eine solche Schneidigkeit wäre im

modernen Staate nicht am Platze. Wenn ein solcher Streit ohne materiellen Anlaß ausbräche, so müßte doch etwas saul in dem Verhältnis zwischen Arbeitern und Bergbehörde sein. Bei Soldatenmüßiggängen berufe man sich immer auf Mangel an direkten Beschwerden, obgleich den Leuten doch der Beschwerdeweg thatsächlich abgeschnitten sei. Etwas Ähnliches dürfte auch hier vorliegen. Der organisierte Arbeiter sei weniger gefährlich als der nicht organisierte; eine organisierte Arbeiterkraft unternehme nicht einen so ganz aussichtslosen Streit. Die von den Sozialdemokraten geforderte Kollektivwirtschaft habe sich noch nie bewährt, wie die Vorgänge in den sozialdemokratischen Bergwerken und bei den Staatsbahnen zeigten. Der sozialdemokratische Vorschlag, dem Arbeitsmangel nöthigenfalls auch durch Verweigerung unnützer Arbeiten abzuhelfen, hiesse der Roth durch Verweigerung begegnen. Der Protektionismus führe allerdings zu Rothständen, die eher zur Korruption führen. Der Panamaskandal sei auf dem Mißbete des Protektionismus erwachsen und bezeichne sei, daß allein der Führer der Freihändler in Frankreich, Veroy-Beaulieu, esobenen Hauptes über den Skandal stehe. Um dem Rothstand zu begegnen, müsse man mit dem verwerflichen Protektionismus brechen. Die ganze Bismarcksche Wirtschaftspolitik lauge von Grund aus nichts; wenn die Debatte über die Interpellation dazu beitrage, daß diese Erkenntnis durchdringe, so werde sie sehr nützlich gewick haben. — Abg. Graf Kanig (kons.) die Entföderung des platten Landes und die Ueberdüngung der Großstädte haben naturngemüß zu großen Unzufriedenheiten führen müssen, eine Thatsache, auf welche die Konservativen immer hingewiesen. Die Bergbehörde im Saarrevier habe sich von vornherein einem zu großen Optimismus hingelassen. Zur Erklärung des Streites bleibe kaum etwas Anderes übrig, als daß die Bergbehörde der sozialdemokratischen Agitation gegenüber eine zu große Rücksicht betreiben habe. Man spreche von Unterhandlungen mit den Streikenden. Worüber solle denn unterhandelt werden? Der Kaiser sagte selbst, daß die Bergleute nicht den geringsten Grund zur Unzufriedenheit hätten. Welche Konzessionen sollen denn noch gemacht werden? Es ist un dringend zu wünschen, daß die Bergbehörde strenge Disziplin übe. Die Ueberdüngung der Großstädte und die Entföderung des platten Landes werde nach jeder Richtung gefördert; man bewillige in den Städten öffentliche Mittel, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, mannt sie auf das Land zurückzuführen, wo es an Arbeitskräften fehlt. Es sei so viel über die Nothwendigkeit billiger Getreidepreise im Interesse des armen Mannes gesprochen worden, um haben wir billige Getreidepreise, so daß die Landwirtschaft nicht dabei bestehen könne und dennoch diese Interpellation. Der Interpellant führt die Roth des kleinen Gewerbes an, die Sozialdemokraten aber widersprechen sich allen Anträgen zur Hebung des Handwerks. So lange auf dem Lande Mangel an Arbeitern bestehe, könne er eine Nothwendigkeit des Eingreifens des Reiches zur Beseitigung des Rothstandes nicht anerkennen. Wollen die Sozialdemokraten Rothstände verhindern, so müßen sie ihren Einfluß ausbieten, um dem Arbeitermangel auf dem Lande abzuhelfen. — Abg. Pfäfers (nat.-lib.) vertheidelt sich eingehend über die Nothwendigkeit einer strengen Disziplin in den Bergwerken. — Abg. Auer (Soz.) giebt Antwort über die Zahl der Arbeitslosen in verschiedenen Orten Deutschlands. Die Minister seien schlecht unterrichtet, wenn sie sagten, daß ein Rothstand nicht bestehe, freilich bis in die Ministerkathedra sei derselbe noch nicht vorgedrungen; auch die Berichte der Fabrikspektoren bewiesen das Vorhandensein des Rothstandes. Minister von Wöttiger habe zum Beweise einer Besserung der Lage auf die wieder steigenden Einnahmen bei den Eisenbahnen, der Post und der Telegraphie hingewiesen. Wie komme es denn, daß in diesen Betrieben Lohnherabsetzungen erfolgten? An die Sozialdemokraten sei das Ueuein gerichtet worden, ihren Einfluß anzubieten, damit der Streit im Saarrevier bald aufhöre. Die Sozialdemokraten seien dazu außer Stande, wie sie auch keine Verantwortlichkeit für den Streik übernehmen könnten; die dortigen Arbeiter ständen unter dem Einfluße der Herren Stamm und Pfäfers, die ja die Vertreter jener Kreise seien. Man werfe den Sozialdemokraten vor, die ganze Produktion zu schädigen; das geflügelte Wort „Willing und schlecht“ rühre aber von Reuleaux her. Die Loewe-Affaire sei von Althardt, einem von der Rechten (Widerstand) — er sei ja auf dem konservativen Parteitag bis in den Scheitelpunkt hinein gefeiert worden — aufgewühlt worden und die Freisinnigen hätten dafür, um ihren verletzten Ego zu rächen, die Krupp'sche Kanonenlieferung zur Sprache gebracht. Da könne man sich doch nicht wundern, wenn die Sozialdemokraten dabei ständen und sagten: das scheint eine nette Gesellschaft zu sein. Mit dem Reichstagsgewerksverein im Saarrevier habe die sozialdemokratische Partei gar nichts zu thun. Es müßten wohl Sozialdemokraten dabei sein, vielleicht auch im Vorstand, aber die Partei habe keinen Einfluß auf den Verein. Es sei bezeichnend, daß während in allen Bergwerksgebieten Deutschlands gleichzeitig Streikbewegungen entstanden, in demjenigen bergmännischen Wahlkreis, der von einem Sozialdemokraten, dem Abg. Stoffe hier vertreten werde, in Zwidau, nichts davon bekannt geworden sei. Hier hätten die Sozialdemokraten Einfluß und sie hätten denselben ausgetrieben, um in einer Zeit wie der heutigen, den Ausbruch eines Streikes zu verhindern. Führt von Stamm habe keine Ursache, sich über zu milde Behandlung der Sozialdemokraten seitens der preussischen Regierungsorgane zu beklagen. Den Sozialdemokraten gegenüber gelte das Koalitionsrecht schon nicht mehr. Fehr von Stamm würde sich wohlgefühlich auch sehr besonnen haben, den der Bergbehörde erteilten Rath, die Streikenden definitiv zu entlassen, selbst zu befolgen, das hiesse die Heme schlachten, die ihm goldene Eier lege. Die Arbeiter des Saarreviers seien hauptsächlich durch die Bestimmung der neuen Arbeitsordnung, durch welche zwischen Schleyer und Volkmar die Zwischenschleife der Verhandlung eingelegt wurde, sodas ein Vergwamm erst nach 9 Jahren Volkshüter werden könne, aufgeregt worden. Minister v.